

Sehr geehrte Frau Lompscher, Sehr geehrter Herr Schmidt,

im Zuge der Sanierungsvorhaben des Investors Stonehedge sind wir nicht nur auf Unterstützung vom Milieuschutz, sondern auch auf die Hilfe von Senat, Bezirk, Stadtrat und Bauaufsicht angewiesen. Es stehen in naher Zukunft Genehmigungen aus, was grundsätzliche Sanierungs- und Modernisierungsvorhaben, aber auch die Bebauung der Freifläche auf dem Grundstück anbelangt.

Wir als Hausgemeinschaft möchten gerne die anstehenden Bauvorhaben auf die Tagesordnung der BVV bringen. Dieses Objekt spiegelt mit seinem Instandhaltungsrückstand aufgrund wechselnder Besitzer, dem teilweise bereits jahrelangen Leerstand von bewohnbaren Wohnungen und der Teilung kurz vor der Gesetzesänderung 2014 eine grundsätzliche Vorgehensweise des Immobilienmarkts wieder, die wir als Bewohner der Stadt nicht länger tolerieren dürfen und können.

Wir als BewohnerInnen sind nun in einem großen Zwiespalt. Von uns wird nun vom Investor eine "Entscheidung" gefordert, gegen eine Abfindung auszuziehen oder aber ohne Gewissheit über die Entwicklung der Miete wohnen zu bleiben. Für die Zeit der Sanierung sollen wir ausziehen. Die Bedingungen stehen zur Verhandlung aus. Zur Gewinnmaximierung wurde das Haus geteilt und soll nach Sanierung in Einzelteilen verkauft werden.

Das Objekt bietet so viel Kapazität unterschiedlichsten sozialen Strukturen Wohnraum zu ermöglichen, eine Möglichkeit die von den jetzigen Investoren mit ihren Vorhaben nicht realisierbar sind. Wir als Bewohner haben hier nur die Möglichkeit gemeinsam mit Politik und dem Bezirk Druck auf die jetzigen Eigentümer auszuüben und alle Parteien an einen Tisch zu bringen.

Es ist eindrucksvoll welche positive Auswirkung die Ausübung des Vorkaufsrecht in der Stadt und international bewirkt, dennoch dürfen bereits verkaufte Objekte wie die Lausitzerstr. 34 und die Lausitzerstr 10/11 nicht aus den Augen verloren werden und an Unterstützung durch die Politik einbüßen. Das Interesse an zahlreichen Plattformen wie „Bizim Kiez“ und „Zwangsräumung verhindern“ ist groß und wird auch in Zukunft von uns als Werkzeug genutzt um die nötige Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit zu erzielen.

Wir bitten sie um ein gemeinsames Gespräch, bei dem wir Möglichkeiten analysieren können um möglichst effektiv die Strukturen im Kiez zu erhalten und uns als Bewohner zu schützen. Wir wissen das die Situation für alle Parteien schwierig ist, aber im Sinn der Sache - für das Haus und den Kiez und ein bezahlbares Berlin - fordern wir Sie als unsere Vertreter in der Politik auf uns zu unterstützen.

Wir freuen uns auf ihre Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
Die Hausgemeinschaft L34